



Wirtschaft zittert vor EU-USA-Pakt

USA Economiesuisse fordert Bundesrat zu Gesprächen über Freihandelsabkommen au



Die USA wollen Freihandel auch für die Landwirtschaft. AP/KEYSTONE



Gesamt Regio

Aargauer Zeitung
5001 Aarau
058/ 200 58 58
www.aargauerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 86'376
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 272.3
Abo-Nr.: 272003
Seite: 4
Fläche: 48'979 mm²

VON STEFAN SCHMID

Brisante Neuigkeiten für den Wirtschaftsstandort Schweiz: Die Gespräche zwischen der EU und den Vereinigten Staaten finden auf hoher Ebene statt. Das Ziel ist ein umfassendes Wirtschaftsabkommen, das weit über bisherige Handelsverträge hinausgeht, wie die az aus mehreren Quellen erfahren hat. Bis Ende Juni soll ein Zwischenbericht (Interim-Report) verabschiedet werden. Dann dürfte die Sache während des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes für ein paar Monate ruhen. Doch spätestens im Januar 2013 könnte es zur Aufnahme von konkreten Verhandlungen kommen. Die Stimmung in den Gesprächsdelegationen sei konstruktiv, die Chancen auf eine Einigung intakt.

Neuer Anlauf für Freihandel

Eine handelspolitische Einigung zwischen den zwei grössten Wirtschaftsmächten der Welt hätte weitreichende Konsequenzen für Drittstaaten wie die Schweiz. Bereits 2007 haben die USA und die EU mit dem «Transatlantic Economic Council» (TEC) ein Forum geschaffen, um ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit institutionalisiert zu fördern. «Die Schweiz riskiert nun, zwischen Stuhl und Bank zu fallen», sagt der Ausserthoder FDP-Nationalrat Andrea Caroni, der als Mitglied der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Schweiz-USA vor kurzem in Washington weilte. «Gewähren die USA den EU-ansäs-

sigen Unternehmen Handelserleichterungen, so sind Schweizer Unternehmen benachteiligt, da wir weder in der EU sind noch ein umfassendes Freihandelsabkommen mit den USA haben», sagt Caroni.

Auch die Wirtschaft ist alarmiert: «Münden die Gespräche in ein konkretes Abkommen, drohen die Schweiz und ihre Firmen ins Hintertreffen zu geraten. Gleich lange Spiesse sind für unsere Wirtschaft aber von zentraler Bedeutung», sagt Martin Naville, Chef der Handelskammer Schweiz-USA. Ein Freihandelsabkommen hält Naville für innenpolitisch «momentan nicht mehrheitsfähig». «Dennoch braucht die Schweiz eine Strategie, wie sie auf diese Entwicklung reagieren soll.» Der Bundesrat müsse sich darüber dringend Gedanken machen.

Deutlicher nimmt Economiesuisse, der Dachverband der Schweizer Wirtschaft, zu den laufenden Gesprächen über ein Wirtschaftsabkommen zwischen Brüssel und Washington Stellung: Die Schweiz steht unter grossem Druck, Gleiches zu tun, falls es zur Aufnahme von Verhandlungen kommt», sagt Jan Atteslander von Economiesuisse auf Anfrage der az. Die USA seien ein wichtiger strategischer Partner. Aus Sicht der Wirtschaft sei es daher von hoher Bedeutung, Vorgespräche für ein Freihandelsabkommen spätestens dann aufzunehmen, sobald sich konkrete Verhandlungen zwischen den USA und der EU abzeichnen.

Kampfansage der Bauern

Wie sich der Bundesrat zu den Forderungen aus der Wirtschaft stellt, wird sich bald zeigen. FDP-Nationalrat Caroni hat am Mittwoch entsprechende Anfragen an die Regierung gestellt. Klar ist bereits jetzt, dass der Bauernverband gegen den Einbezug

«Die Schweiz riskiert, zwischen Stuhl und Bank zu fallen.»

Andrea Caroni, Nationalrat (FDP/AR)

der Landwirtschaft in ein Freihandelsabkommen kämpfen wird.

«Das kommt überhaupt nicht infrage», sagt Verbandsdirektor und CVP-Nationalrat Jacques Bourgeois. «Wir haben Verständnis für das Anliegen von Economiesuisse.» Aber ein Abkommen auf Kosten der Schweizer Bauern dürfe es nicht geben. Diese fürchten sich vor der US-Konkurrenz, die ganz andere Produktionsbedingungen und Vorschriften kennt. 2006 sind Vorgespräche zu einem Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den USA am Widerstand der Bauern gescheitert. Indes: Für Washington kommt ein Abkommen ohne landwirtschaftliche Produkte nicht infrage. Daran hat sich bis heute nichts geändert.